
Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einführung

I. Gang der Untersuchung.....	2
II. Entstehungsgeschichte und kriminalpolitische Motivation.....	2

Teil 2: Rechtsgut und Grundstrukturen

I. Das Rechtsgut des § 264 StGB.....	4
1. Das öffentliche Vermögen als Rechtsgut des § 264 StGB.....	5
a. Die Begründung des Gesetzgebers bei Einführung des § 264 StGB.....	6
b. Die systematische Stellung des § 264 StGB im Besonderen Teil.....	6
c. Der Vergleich der Grundstrukturen des § 263 StGB und § 264 StGB.....	7
aa. Der Schutz des Vermögens durch § 263 StGB, insbesondere durch die Lehre von der Zweckverfehlung.....	8
bb. Die Struktur des § 264 StGB – Der Verzicht auf die Betrugsmerkmale des Irrtums, des Vermögensschadens und der Bereicherungsabsicht.....	9
d. Die Differenzierung zwischen privatem und öffentlichem Vermögen zur Begründung des Unrechts des § 264 StGB.....	11
2. Der Schutz eines überindividuellen Rechtsguts durch § 264 StGB.....	12
a. Das Rechtsgut der Planungs- und Dispositionsfreiheit.....	13
aa. Planungs- und Dispositionsfreiheit als ungestörte Entscheidungsfindung.....	13
bb. Die Entwicklung des Rechtsguts aus dem systematischen Vergleich zu § 370 AO – Der Schutz öffentlicher Güter durch § 264 StGB.....	13
b. Wahrheit und Vertrauen als Rechtsgüter des § 264 StGB.....	15
3. Abschließende Bemerkungen zum Rechtsgut.....	15
II. Die Konsequenzen der Rechtsgutskonzeption.....	16
1. Teleologische Reduktion des Tatbestandes in Fällen, in denen dem Täter der erlangte Vorteil aus einem anderen Grunde zugestanden hätte.....	17
2. Die Auslegung des Merkmals „vorteilhaft“ bei Angaben mit Drittbezug.....	18
3. Das (Konkurrenz-)Verhältnis von § 264 StGB zu § 263 StGB.....	18
4. Zivilrechtliche Konsequenzen - § 264 StGB als Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 StGB.....	19

Teil 3: Dogmatische Einordnung und Grundentscheidungen des § 264 StGB

I. Die Deliktsnatur des § 264 StGB.....	20
1. Die Einordnung als Tätigkeitsdelikt und echtes Unterlassungsdelikt.....	20
2. Die Einordnung als konkretes oder abstrakt-konkretes Gefährdungsdelikt.....	21
3. Die Einordnung als abstraktes Gefährdungsdelikt und die Vereinbarkeit mit den allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen.....	22
a. Die Vereinbarkeit des § 264 StGB mit dem Schuldgrundsatz.....	23
b. Die Vereinbarkeit des § 264 StGB mit dem Grundsatz der „ultima ratio“.....	24
II. Die Einführung des „materiellen“ Subventionsbegriffs.....	26
1. Die Subventionen nach Bundes- oder Landesrecht, § 264 Abs. 7 Nr. 1 StGB.....	27
2. Die Subventionen nach EG-Recht, § 264 Abs. 7 Nr. 2 StGB.....	28
III. Die Pönalisierung der Leichtfertigkeit nach § 264 Abs. 4 StGB.....	29
1. Der Begriff der Leichtfertigkeit.....	30
2. Die Inkriminierung der Leichtfertigkeit als Fall der Berufsfahrlässigkeit.....	31
a. Die Vereinbarkeit mit dem Schuldgrundsatz und dem Grundsatz „in dubio pro reo“ im Hinblick auf Subventionen nach Bundes- und Landesrecht.....	31
b. Einbeziehung nicht wirtschaftsfördernder EG-Subventionen an Private – Systemdurchbrechung durch europarechtliche Vorgaben?.....	33
IV. Die Tatbestandsbezeichnung „Subventionsbetrug“.....	34

Teil 4: Streitfragen aus dem Blickwinkel allgemeiner strafrechtlicher Lehren

I. Die „subventionserheblichen Tatsachen“ nach § 264 Abs. 8 StGB.....	36
1. Die Vereinbarkeit von § 264 Abs. 8 Nr. 1 StGB i.V.m. § 2 SubvG mit dem Bestimmtheitsgrundsatz aus Art. 103 Abs. 2 GG.....	37
2. Verzicht auf das Tatbestandsmerkmal „subventionserheblich“ bei Subventionen nach EG-Recht.....	38
II. Die strafrechtliche Behandlung von Schein- und Umgehungshandlungen.....	39
1. Die Regelungen zur strafrechtlichen Bekämpfung der Schein- und Umgehungshandlungen im deutschen Recht.....	39
2. Die Regelung des Art. 4 Abs. 3 EG-VO Nr. 2988/95 für EG-Subventionen.....	41

Teil 5: Zusammenfassung und Ausblick

I. Zusammenfassung.....	43
II. Ausblick.....	44